

[Ronald Blaschke, Solidarische Ökonomie und Bedingungsloses Grundeinkommen, in: Daniela Gottschlich/Uwe Rolf/Rainer Werning/ Elisabeth Wollek \(Hg.\), Reale Utopien. Perspektiven für eine friedliche und gerechte Gesellschaft, Köln 2008, S. 82-95](#)

Solidarische Ökonomie und Bedingungsloses Grundeinkommen

Ronald Blaschke

Das Interesse am Thema Solidarische Ökonomie ist seit den Entwicklungen in Lateinamerika und seit dem Berliner Kongress zur Solidarischen Ökonomie im November 2006 gestiegen. Im folgenden Beitrag sollen das Verständnis der Solidarischen Ökonomie und der Zusammenhang von Bedingungslosem Grundeinkommen und Solidarischer Ökonomie diskutiert werden. Es wird die grundlegende These vertreten, dass erst ein Bedingungsloses Grundeinkommen die Potenziale der Solidarischen Ökonomie zur Entfaltung bringen kann.

1. Was ist eigentlich solidarisch an der Solidarischen Ökonomie?

Die erste Frage, der sich gestellt werden muss, ist die Frage nach dem Solidarischen in der Solidarischen Ökonomie. Solidarische Ökonomie wird sehr oft mit Produzentendemokratie, Selbstorganisation des Lebensnotwendigen, Abkehr von der privaten Aneignung des Mehrprodukts beschrieben. Dies sind gewiss alle Merkmale einer Solidarischen Ökonomie. Elmar Altvater versucht, dem Begriff der Solidarität auf den Grund zu gehen: "Das Prinzip der Solidarität und Fairness ist den Prinzipien von Äquivalenz (und Reziprozität – vgl. Altvater 2006 a: 180ff.) entgegengerichtet, denn es geht vom Kollektiv und nicht von Individuen und ihren marktvermittelten Beziehungen aus (...). Auch wird keine hierarchische Regulation von oben verlangt, im Gegenteil. Solidarität entsteht nur mit breiter Beteiligung von unten. Gemeinsame Anstrengungen sind gefragt. Jede(r) leistet einen solidarischen Beitrag nach seinen (bzw. ihren) Möglichkeiten, das heißt unter den Bedingungen der Fairness. Solidarität setzt also ein Bewusstsein von Gemeinsamkeit und innerer Verbundenheit in einer Gesellschaft voraus, die in einer gemeinsamen Lebenserfahrung begründet sein kann, um ein großes Problem, beispielsweise Arbeitslosigkeit, Armut oder Rechtlosigkeit, gemeinsam zu bewältigen. Die Solidarität

geht vom Kollektiv aus, und dieses entsteht vor einem gemeinsamen Erfahrungshintergrund, beruht auf einem gemeinsamen, kollektiven Gedächtnis." (Altvater 2006 b: 17) Die Definitionen, die Altvater zur Solidarischen Ökonomie gibt, sind widersprüchlich. So wird das Kollektive im Gegensatz zum Individuellen beschrieben. Aber alles, was Altvater zum Entstehungsgrund eines Kollektivs anführt, zum Beispiel ein gemeinsamer Erfahrungshintergrund und ein gemeinsames Gedächtnis, ist ohne das Individuum nicht denkbar. Genau so wenig wie das solidarische Prinzip, was nach Altvater vom Kollektiv ausgeht, ohne solidarisch handelnde Individuen undenkbar ist. Ebenso sind bei Altvater das Fairness-Prinzip und die für die Solidarität unterstellte Aufhebung des Prinzips der Äquivalenz und Reziprozität zwei solche widersprüchliche Bestimmungen. Zur Erläuterung: Unter Äquivalenz ist der Tausch von etwas Gleichwertigem zu verstehen. Ich gebe dir etwas, was fünf Einheiten wert ist, du gibst mir etwas, was fünf Einheiten wert ist. Unter Reziprozität versteht man eine Gegenseitigkeit, zum Beispiel von Geben und Nehmen: Ich gebe dir, du gibst mir. Der reziproke Tausch muss nicht gleichwertig sein, aber er muss stattfinden. Der mit dem Fairness-Prinzip eingeforderte Beitrag einer beziehungsweise eines jeden ist aber als eine eingeforderte Reziprozität zu verstehen – somit wird die Reziprozität eben nicht aufgehoben. Um diese Widersprüchlichkeit plausibel zu machen, beruft sich Altvater auf eine *organische* Solidarität: Bewusstsein von Gemeinsamkeit und innerer Verbundenheit, gemeinsamer Erfahrungshintergrund, kollektives Gedächtnis. Altvater ist offensichtlich der Auffassung, dass in solchen Fällen nichts eingefordert werden muss, sondern sich die Leistung freiwillig ergibt. Was ist aber, wenn trotz eines kollektiven, gemeinsamen Erfahrungshintergrunds, trotz innerer Verbundenheit mehr oder weniger starke Differenzen über das Ob, Was und Wie bestimmter (ökonomischer) Kooperationen und Produktionen bestehen, die sich auch nicht mit der demokratischen Mehrheitsentscheidung auflösen lassen – es sei denn unter der Preisgabe der persönlichen und politischen Freiheit von Menschen? Greift dann die Solidarische Ökonomie zum letzten Mittel und lässt den beziehungsweise die nicht Einverstandenen real verhungern? Oder werden diese mit einem geringen sozialen Transfer abgespeist und der Ökonomie ferngehalten? Oder eben durch den stummen Zwang der Existenznot und Ausgrenzung zum ökonomischen Mittun genötigt? Ist Solidarität mit Zwang per Existenznot und Teilhabeaussgrenzung zu vereinbaren? Natürlich nicht. Sollen ernsthaft beide Tauschformen, die Äquivalenz

und die Reziprozität in der Solidarischen Ökonomie aufgehoben werden, könnte nur eine sehr weite Form von Reziprozität im Konzept der Solidarischen Ökonomie gedacht werden. Zum einen Reziprozität als eine motivationale oder moralische *Erwartung einer Gegenleistungsbereitschaft*. Diese Erwartung kann durchaus mit einem "gemeinsamen Erfahrungshintergrund", mit der "inneren Verbundenheit" begründet werden. Aber sie kann eben nicht im Sinne einer Gegenleistungspflicht und schon gar nicht in bestimmter ökonomischer Form eingefordert werden. Es kann bestenfalls ausgedrückt werden, dass jede und jeder aufgefordert ist, gemäß ihrer beziehungsweise seiner Möglichkeiten, Vorlieben und Fähigkeiten einen Beitrag zu leisten. Oder noch weicher formuliert: Es kann gewünscht sein, dass jede und jeder gemäß ihrer beziehungsweise seiner Möglichkeiten und Fähigkeiten einen Beitrag leistet. Eine solidarische Kooperation von Menschen würde dann eine Zwangskooperation und Zwangskollektivierung, Zwang generell ausschließen. Natürlich ist vorstellbar und auch real, dass Zwangskooperationen beziehungsweise -kollektivierungen aus der konkreten Not heraus geboren sein können – nämlich der realen existenziellen Not von Menschen in Zeiten eines von vielen empfundenen Mangels (Armutsökonomien). Das Problem ist allerdings, dass viele Menschen denken, wir würden in einer Zeit des Mangels leben. Persönliche und politische Freiheiten müssten daher eben beschnitten sein – zum Beispiel in Armutsökonomien der so genannten Dritten Welt oder durch den Entzug von sozialen Transfers für Nahrungs- und Kleidungsmitel, für Wohnung und für Mittel der gesellschaftlichen Teilhabe bei Grundsicherungen wie Hartz IV in Deutschland. Tatsächlich leben wir aber in einer Überflussgesellschaft. Ein Mangel in der Überflussgesellschaft wird künstlich durch Verteilungsungerechtigkeiten, durch Bedürfnismanipulationen und durch administrative Gewalt erzeugt. Die Suggestion oder gewaltsame Durchsetzung einer "Mangelgesellschaft" hat Herrschaftsgründe. Die "Herren der Arbeitsgesellschaft" (Ralf Dahrendorf) wollen sich mit Plünderungen und Bereicherungen auf Kosten der ärmeren Länder und des von vielen erzeugten materiellen Reichtums, mit administrativen Gewaltmitteln wie bei Hartz IV, mit verschiedenen Arbeitsideologien und durch die manipulative Erzeugung von Bedürfnissen der KonsumentInnen an der Macht halten. Daraus folgende reale oder suggerierte Nöte machen Menschen erpressbar und abhängig. Sie verursachen persönliche und politische Unfreiheiten. Der Mangel ist heute – in der Überflussgesellschaft – aber schon längst überwunden. Es ist genug für alle zum

menschenwürdigen Leben auf dieser Erde da. Natürlich nur unter der Voraussetzung reflektierter menschlicher Aktivitäten und Bedürfnisse und einer gerechten Verteilung – global wie national. Daher sind Solidarische Ökonomien bestrebt, materielle Umverteilungen zur Absicherung dieser Freiheiten einzuklagen und zu erkämpfen, statt sich dem Schicksal ergeben in Armutswirtschaften einzurichten – auch wenn letzteres erst mal als das nahe Liegende und sofort Machbare scheint.

Diese Umverteilung ist wichtig. Befördert der gewusste und tatsächliche Überfluss doch selbst Solidarität: "Der Übergang von einer Psychologie des Mangels zu einer des Überflusses bedeutet einen der wichtigsten Schritte in der menschlichen Entwicklung. Eine Psychologie des Mangels erzeugt Angst, Neid und Egoismus (...). Eine Psychologie des Überflusses erzeugt Initiative, Glauben an das Leben und Solidarität." (Fromm 1966: 176) Für jede und jeden einleuchtend: Mit dem Wissen um das Genug für alle ist solidarisches Handeln, das heißt vom Äquivalenz- und engen Reziprozitätsdenken befreites Handeln leichter möglich.

Ebenfalls problematisch wird der von Altvater in die Definition von Solidarischer Ökonomie eingeschmuggelte Fairness-Begriff, wenn man sich überlegt, dass helfende, unterstützende Handlungen gegenüber anderen ohne jegliche Erwartung einer Gegenleistung durch die Entgegennehmenden stattfinden, sei es wie im Gleichnis vom Barmherzigen Samariter beschrieben, sei es beim mütterlichen oder väterlichen Verhalten dem Kind gegenüber. Unterlässt man diese Unterstützung, wenn der Ausgeraubte im Gleichnis oder das Kind gemäß seiner Möglichkeiten sich nicht anstrengt, um sich der helfenden Handlung gegenüber "angemessen" zu verhalten und eine Gegenleistung zu erbringen? Natürlich nicht. Der Samariter tut dies nicht unter der Voraussetzung, dass derjenige, der unterstützt wird, eine Gegenleistung erbringt. Bestenfalls ein Dank von ihm oder allgemeine gesellschaftliche beziehungsweise religiös erfahrene Anerkennung ist erlangbar. Die Eltern wiederum haben Gefallen an der Entwicklung oder am Lächeln des Kindes, haben Freude an ihm, lernen mit ihm und gewinnen Anerkennung in einer kinderfreundlichen Gesellschaft. Antje Schrupp spricht in diesem Falle ebenfalls von einer Reziprozität, die diese Handlung der beziehungsweise dem Leistenden entgelt. (Schrupp 2006) Aber es ist eine andere Reziprozität, als diejenige, die Altvater mit seinem Fairness-Begriff beschreibt: "Care-Arbeiten erfordern kein rationales Kosten-Nutzen-Kalkül, sondern persönliche Zuwendung, funktionierende Beziehungen, Empathie und Freude (...)." (Schrupp 2007: 89) Diese ökonomischen Arbeiten sind

also solidarischen Handlungen, die weder von einer Äquivalenz noch mit einer vom Fairness-Begriff geprägten Reziprozität erfasst sind. Auch hier kann nur ein sehr weiter Reziprozitäts-Begriff weiterhelfen – Emotionen, allgemeine gesellschaftliche und religiös erfahrene Anerkennungen, Sinnstiftungen und vieles andere sind als "Gegenleistungen" erwartbar. Um die eigenständige ökonomische Logik solcher solidarischen Handlungen zu begreifen, muss natürlich von einem reduktionistischen Ökonomie-Begriff Abschied genommen werden. Das leistet Altvaters Definition der Solidarischen Ökonomie ebenfalls nicht. Im Gegenteil: Der Fairness-Begriff, aber auch der von Altvater benutzte Kollektiv-Begriff zur Kennzeichnung der Solidarischen Ökonomie verweist auf eine besondere Form der Ökonomie, nämlich die der Erwerbsökonomie beziehungsweise einer der Erwerbsökonomie analogen Tauschökonomie. Beide Ökonomien könnten ohne einen hohen Anteil faktischer Reziprozität im engeren Sinne, möglicherweise auch ohne eine Äquivalenz gar nicht existieren. Der Beitrag des anderen muss eingefordert werden, soll das ökonomische Ziel erreicht werden. Dies mit allen möglichen Konsequenzen, bis hin zur erzwungenen Kooperation oder zum Ausschluss des Einzelnen aus der Kooperation inklusive seines Ausschlusses aus der grundlegenden ökonomischen Absicherung.

Bevor nun ein das ganze Haus (oikos) erfassender Ökonomie-Begriff von mir diskutiert wird, möchte ich auf das bereits erwähnte Problem der persönlichen und politischen Freiheit mit Bezug auf die Solidarische Ökonomie eingehen.

2. Die Solidarische Ökonomie als Freie Kooperation

Altvater blendet in seiner kollektivistischen Definition von Solidarischer Ökonomie das Thema persönliche und politische Freiheit weitgehend aus. Durch die besondere Betonung der organischen Solidarität soll dies wettgemacht werden. Christoph Spehr hat in seiner Preisschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung von 2000 eine Frage beantwortet, die das Ausgeblendete sichtbar macht: Unter welchen Bedingungen sind soziale Gleichheit und politische Freiheit vereinbar? Die Antwort von Spehr lautet: In Freien Kooperationen. Eine Freie Kooperation liegt vor, wenn:

- "- die überkommene Verteilung von Verfügungsgewalt, Besitz, Arbeit und die überkommenen Regeln nicht sakrosankt sind, (...), d. h. von den Beteiligten der Kooperation jederzeit neu ausgehandelt werden können;

- alle Beteiligten frei sind, die Kooperation zu verlassen, ihre Kooperationsleistung einzuschränken oder unter Bedingungen zu stellen, und dadurch Einfluss auf die Regeln der Kooperation zu nehmen;
- alle Beteiligten insofern gleich sind, als sie dies zu einem vergleichbaren und vertretbaren Preis tun können; d. h. dass der Preis dafür, die Kooperation zu verlassen bzw. die eigenen Kooperationsleistungen einzuschränken oder unter Bedingungen zu stellen, für alle Beteiligten ähnlich hoch (oder niedrig), aber auf jeden Fall zumutbar sein muss." (Spehr 203: 44)

Spehr bezieht eine klassische Freiheitsdefinition auf das Individuum: Wer die eigenen Handlungsbedingungen selbst gestalten oder nicht mehr beeinflussbaren Bedingungen sich entziehen kann, ist frei. Die soziale Gleichheit besteht darin, dass diese Freiheit allen gegeben ist. Eine notwendige materielle Bedingung einer solidarischen *und* freien (ökonomischen) Kooperation, ist für Christoph Spehr das bedingungslose Grundeinkommen: Es sollen "soziale Sicherungssysteme existieren, die allen zumindest ein qualitativ ausreichendes Überleben garantieren, unter angemessener Berücksichtigung der individuellen Situation und des gesellschaftlichen Lebenshaltungsstandards. In voller Konsequenz könnte das heißen, dass die verschiedenen Sicherungssysteme zu einem einzigen Grundsicherungssystem zusammenfallen, das vollkommen unabhängige Leistungen zuweist, sozusagen eine Pro-Kopf-Ausschüttung eines Basisanteils an der gesellschaftlichen Wertschöpfung und am gesellschaftlichen Reichtum. (...) In einer solchen Struktur würden die Menschen als Arbeitende frei und gleich kooperieren." (Spehr 2003: 77f.) Oder im Umkehrschluss: Ohne eine solche "vollkommen unabhängige Leistung" ist die Gefahr von Zwangskooperationen und Zwangskollektivierungen sowie von sozialen Ungleichheiten sehr groß. Erst recht, wenn Solidarische Ökonomien sich vor dem Hintergrund von konkreter Armut und Unterversorgung der Menschen entwickeln (Mangel- oder Armutsökonomien), weil globale und nationale Ungerechtigkeiten dies erzwingen – oder wenn es sich dabei um Erwerbs- beziehungsweise analoge Tauschökonomien handelt, die dem (geldvermittelten) Erwerb von grundlegenden Existenzmitteln dienen. Der ökonomische Druck solcher Kooperationen ist geeignet, die persönliche und politische Freiheit von Menschen zu negieren, und damit das solidarisch Gedachte ins Repressive und Totalitäre zu verkehren. Nicht anderes zeigen die historischen Erfahrungen mit solcherart makro- und mikroökonomischen Projekte. Was passiert in

solchen (gesellschaftlichen) Projekten, wenn ein Mensch seinen Beitrag nicht gemäß seiner Möglichkeiten leistet oder diesen nur eingeschränkt leistet beziehungsweise leisten will, weil er dafür seine guten Gründe hat? Diese Gründe aber von einer (demokratischen) Mehrheit nicht anerkannt werden? Ist dann seine Existenz bedroht, werden ihm dann die für die gesellschaftliche Teilhabe nötigen Mittel verwehrt? Wird er also zum "solidarischen" Mittun gewaltsam genötigt? Ist Solidarität eigentlich mit Zwang zu vereinbaren? Hier nochmals das Nein. Solidarität ist ohne persönliche und politische Freiheit sowie ohne soziale Gleichheit im Sinne der Freiheit aller nicht zukunftsfähig. Dies gilt auch umgekehrt. Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind nur im Gesamtpaket zu haben. Wer sich an diesem Grundsatz vergeht, liefert eine gute Möglichkeit für eine neoliberale Vereinnahmung des solidarisch gedachten Projekts: Denn der Neoliberalismus verspricht sehr wohl eine persönliche Autonomie – allerdings eine sehr, sehr kalte, unsolidarische Autonomie der Menschen als bloße MarktteilnehmerInnen.

3. Das oikos – Verständnis der Solidarischen Ökonomie

Es wurde bereits das reduktionistische Ökonomie-Verständnis von Altvater kritisiert, das sich letztlich in seinem auf die Solidarische Ökonomie angewendeten Fairness-Begriff, aber auch mit seinem Kollektiv-Begriff offenbart. Dieses Verständnis ist dem makroökonomischen Bereich entlehnt, in dem arbeitsteilig Produkte und Dienstleistungen zum Erwerb von Geld für den Kauf von notwendigen Existenzmitteln produziert oder aber diese Existenzmittel über direkten Tausch von Produkten und Dienstleistungen erworben werden. Wer da keinen Beitrag gemäß der eigenen Möglichkeiten leistet, gefährdet das Ziel: (geldvermittelter) Erwerb von notwendigen Existenz- und Teilhabemitteln. Daher muss von Altvater eine enge Reziprozität durch das Fairness-Prinzip wieder eingeführt werden.

Um dem ökonomischen Reduktionismus zu entgehen, soll zuerst an den Zusammenhang von *Ökologie* (Beziehung zwischen Organismus und natürlicher/sozialer Umwelt), *Ökumene* (Menschengemeinschaft) und *Ökonomie* (Haushalt) erinnert werden. Den Begriffen liegt das griechische Wort oikos, das Haus, zugrunde. Als Haushalt galt in der Antike der kleine, familial-private Haushalt. Im Verlaufe der Geschichte entwickelten sich regionale, später nationale und globale Haushalte – teils in privater, teils in staatlicher Hand. Bürgerlich-kapitalistische und

patriarchale Wirtschaftslehren (Neoklassik, Keynesianismus) erfassen nur zuletzt genannte Makroökonomien. Sie sind aber unfähig, die komplexen Beziehungen des oikos, des *ganzen* Hauses, in seiner ökologischen, ökumenischen und ökonomischen Dimension zu erfassen. Sie reduzieren den oikos auf das, was sich in der Erwerbs-, Güter- und Finanzwelt abspielt. Solche reduktionistischen Theorien sind Ausdruck der realen Herauslösung der Wirtschaft und der Arbeit aus ihrem natürlichen und sozialen Zusammenhang, aus dem oikos.

Eine Solidarische Ökonomie muss diese Herauslösung (Entbettung) zurücknehmen, denn:

1. Solidarische Ökonomien, die die äußere Natur belasten, und damit natürliche als auch soziale Lebenswelten und Lebensgrundlagen zerstören, handeln zutiefst unsolidarisch. Diese ökologischen und sozialen Belastungen und Zerstörungen sind dabei keineswegs nur in ihrer lokalen bzw. regionalen Reichweite zu beachten, sondern – wie uns zum Beispiel der Klimawandel lehrt – in ihrer globalen Dimension. Der Klimawandel, und nicht nur dieses ökologisches Desaster, ist zugleich ein soziales Desaster. Er trifft am stärksten diejenigen, die arm oder sozial benachteiligt sind. Außerdem beeinträchtigen unökologische "Ökonomien"¹ nachhaltig die Lebensqualität nachfolgender Generationen beziehungsweise zerstören deren Lebensgrundlagen gänzlich. Auch von daher sind sie unsolidarisch. Zudem ist unter ökologischen Gesichtspunkten die Zerstörung der Natur als unsolidarisch zu verstehen. Wer gibt uns Menschen das Recht, den Eigenwert der Natur zu ignorieren und die Natur zum bloßen Mittel zu degradieren? Ein Nichtmitwirken an unökologischer "Ökonomie" ist daher ein Ausdruck von Solidarität.

2. Solidarische Ökonomien, die ohne Rücksicht auf die von der Produktion direkt Betroffenen produzieren, sind ebenfalls zutiefst unsolidarisch. Das trifft nicht nur die möglichen Produktionsfolgen wie Umweltzerstörung und -schädigung, sondern auch die konkreten, von den Betroffenen ungewollten infrastrukturellen Belastungen von Lebenswelten und -räumen, zum Beispiel durch Produktions- und Verkehrsstätten. Eine Einbettung der Ökonomie in die Ökumene ist erst durch ein weiteres zu erreichen: durch eine Orientierung der Produktion an den unmittelbaren KonsumentInnenbedürfnisse. Eine ins Gemeinwesen eingebettete Ökonomie produziert gemäß den Bedürfnissen der KonsumentInnen – und produziert nicht

¹ Dies ist eine in sich vollkommen widersprüchliche Bezeichnung: Eine Ökonomie, die nicht das ganze Haus, also auch Ökologisches berücksichtigt, verdient den Namen Ökonomie nicht.

Bedürfnisse der KonsumentInnen zwecks Realisierung des Absatzes von Produkten und Dienstleistungen oder zwecks Schaffung von Erwerbsarbeitsplätzen. Wer Ökonomie ernsthaft als ein Mittel der Befriedigung von Bedürfnissen und nicht, wie oben schon dargelegt, als Herrschaftsmittel versteht, kommt nicht umhin, dieses Primat der Bedürfnisse der Menschen über das Ob, das Was und das Wie der Produktion anzuerkennen. Die radikaldemokratische Aneignung der Lebens- und Produktionsbedingungen durch alle Betroffenen und Beteiligten des ökonomischen Prozesses (nicht nur der direkt Produzierenden) ist etwas Unabdingbares für eine Solidarische Ökonomie. Das heißt, das Konzept Solidarische Ökonomie ist ein das kapitalistische System transzendierender Ansatz. André Gorz hat das so formuliert: "Der politische Inhalt des Konflikts zwischen Kapital und lebendiger Arbeit liegt gerade auf der Ebene von Produktionsentscheidungen, also der inhaltlichen Bestimmungen von Bedürfnissen und der Art und Weise ihrer Befriedigung. Letztlich geht es um die Macht, über den Zweck und die gesellschaftliche Verwendung der Produktion zu entscheiden (...)." (Gorz 2000: 52) Diese Einbettung der Ökonomie in die Ökumene mit ihren vielen Facetten der ProduzentInnen- und KonsumentInnen-demokratie hat Michael Albert in seinem Buch "parecon" dargestellt. (Albert 2006) Sie umfasst selbstverständlich auch die Regulierung der Finanzmärkte. (Altvater 2006 b: 15) Ohne diese ist eine jegliche Ökonomie Spielball des Finanzkapitals. Solidarische Ökonomie strebt aber darüber hinaus danach, Geld als verselbständigtes Regulierungsmittel, welches sich über den ProduzentInnen- und KonsumentInnenwillen hinwegsetzt, abzuschaffen. Bekannt ist diese Überordnung mit der Formel Geld (G) – Ware (W) – mehr Geld (G'). Nicht die Bedürfnisse der Menschen sind maßgeblich für die Produktion und von Herrschaft modellierte Konsumtion, sondern G'. Allerdings: Ein Ver- und Zuteilungsinstrument wird es weiterhin geben. Dies ist aber in einer "Ökonomie der Fülle" der demokratischen Regulation von Produktion und Konsumtion untergeordnet, die die freie Teilhabe und freie, solidarische Kooperation sichert. Beispielhaft kann diesbezüglich auf die Überlegungen der Distributionisten hingewiesen werden, auf die sich André Gorz in seiner Argumentation fürs Grundeinkommen bezieht. (Gorz 2000: 117 und 130f.; Gorz 2004: 41, 48f. und 79ff.)²

² Damit bin ich in Übereinstimmung mit vielen Positionen von Ernst Lohoff (Lohoff 2007) und Andreas Exner (Exner 2006, Exner 2007), insbesondere mit ihrer analytischen Sicht auf die Hintergründe kapitalistischer, unsolidarischer Ökonomie. Allerdings lehne ich ihre Positionen zum Thema Geld ab. Sowohl Lohoff als auch Exner verstehen nicht, das mit dem Fall des heute hinter dem Geld stehenden

Zur Demokratie der ProduzentInnen und KonsumentInnen gehört weiterhin, dass diese entscheiden, wie produziert werden soll, konkret in welchen ökonomischen Zusammenhängen. Viele wissenschaftliche Beiträge zur Solidarischen Ökonomie verweilen bei Beschreibungen ökonomischer Zusammenhänge im oben genannten makroökonomischen Bereich: Der mikroökonomische (private Haus-, Sorge- und Eigenarbeit, Nachbarschaftshilfe) und der mesoökonomische Bereich (bürgerschaftliches Engagement) werden bis auf Ausnahmen ausgeblendet. Dort werden dann auch die von Altvaters Definition nicht erfassten solidarökonomischen Aktivitäten vollzogen – unter den Bedingungen einer weit verstandenen Reziprozität, in individueller beziehungsweise kollektiver Kooperation. Dass diese ökonomischen Bereiche ausgeblendet werden, hat mit einem patriarchalischen beziehungsweise erwerbsarbeitsgesellschaftlich getriebenen Blick zu tun. Fakt ist aber, dass das hauptsächlich von Frauen *und* das hauptsächlich jenseits der Erwerbs- und analoger Tauscharbeitsökonomie Geleistete das soziale und ökonomische Fundament der Gesellschaft ist. Dieser Bereich umfasst zum Beispiel in Deutschland fast das Doppelte an Zeitaufwand als die Produktion im Erwerbsarbeitsbereich. Ökonomen, deren Blick sich auf eine von der Ökumene abgespaltene Ökonomie richtet, übersehen die nach wie vor unmittelbar innerhalb des (politischen) Gemeinwesen und der (sozialen) Gemeinschaft stattfindende Ökonomie. Diese Blindheit ist schon oft genug kritisiert worden, insbesondere von Wissenschaftlerinnen. (Interkulturelle Frauen-Netzwerk-Universität-Yoni Dresden 1998, Schrupp 2006, Wichterich 2007) Mit der reduktionistischen Sichtweise der Makroökonomien auf Ökonomie ist der Ruf nach einer Ausweitung der Dienstleistungsarbeit als Erwerbsarbeit am Menschen verbunden – entweder um eine Billigdienstboten-Gesellschaft zur Versorgung der "LeistungsträgerInnen" zu begründen (neoliberale Variante) oder um die kriselnde Erwerbsarbeitsgesellschaft mit erwerbsförmig rationalisierten Dienstleistungsstrukturen doch noch vor ihrem Niedergang zu retten (neokeneynsianische Variante). Jürgen Habermas kritisierte, dass mit beiden Varianten lebensweltliche ökonomische Strukturen und Logiken zerstört werden: "Immer mehr persönliche Beziehungen, Dienste und Lebenszeiten (werden) in Objekte der Verwaltung oder in Waren verwandelt (...)." (Habermas 1985: 70) Ein Konzept der Solidarischen Ökonomie sollte diese Kritik an der Kolonialisierung der

Herrschafts- und Produktions-/Konsumtionsverhältnisses durch Solidarische Ökonomien auch der Charakter des Geldes sich wandelt.

Lebenswelt durch Staat und Markt ernst nehmen. Es sind also ökonomische Formen zu entwickeln, in denen Professionalität und Laientum verbunden werden können – ohne das gewachsene und bewahrenswerte solidarische und soziale Zusammenhänge zerstört werden. Das heißt letztlich, dass das Konzept der Solidarischen Ökonomie makro-, meso- und mikroökonomische Zusammenhänge als gleichberechtigte und gleichwertige ökonomische Zusammenhänge betrachtet – die in ihren verschiedenen Reziprozitäts-Logiken zu respektieren sind. Der Verlust dieses Respekts hatte und hat einen Verlust solidarischer und sozialer Beziehungen zur Folge, den sich keine Gesellschaft auf Dauer leisten kann.

3. Ein wesentliches Merkmal Solidarischer Ökonomie ist die unbedingte Beförderung der individuellen immateriellen Produktion von emotionalen und rationalen Fähigkeiten und Kompetenzen – von lebendigem Wissen also. Der wirkliche Reichtum einer Gesellschaft besteht in der im "universellen Austausch erzeugte(n) Universalität der Bedürfnisse, Fähigkeiten, Genüsse, Produktivkräfte etc. der Individuen", in der "Entwicklung aller menschlichen Kräfte (...) zum Selbstzweck (...)". (Marx 1983: 396) Die Mehrung der frei verfügbaren Zeit für diesen Austausch, für die gleichberechtigte und frei gewählte Teilhabe *aller* Menschen am sozialen und kulturellen Prozess des Gemeinwesens – jenseits ökonomischer Notwendigkeiten, also zum Selbstzweck, zum Zwecke der freien Entwicklung des Individuums (Karl Marx) – ist das oberste Ziel Solidarischer Ökonomien, also einer in die Ökumene eingebetteten Ökonomie. Nicht die Mehrung von Produkten, Dienstleistungen, beruflichen Qualifikationen oder gar von Erwerbsarbeitsplätzen, wie manche meinen. Das Solidarische einer Mehrung individueller immaterieller Produktion hat aber noch einen anderen Grund, der im Wissen selbst liegt: Die Produktion und der Konsum von Wissen verbraucht das Wissen nicht, sondern bewahrt und erweitert es. Die Weitergabe von Wissen führt nicht zum Verlust beim Gebenden und trotzdem zur Zunahme beim Nehmenden. Im freien gesellschaftlichen Austausch vermehrt sich das lebendige Wissen aller beteiligten Menschen. Die freie Wissensökonomie, die freie Wissensgemeinschaft negiert also im Grunde eine auf Äquivalenz und Reziprozität beruhende Warenökonomie. (Gorz 2004) Das Gegenteil einer freien solidarischen Wissensökonomie ist aber schon weit fortgeschritten – die Verwandlung des Wissens in verwertbares Human- und Wissenskapital durch die Abforderung der ganzen subjektiven Fähigkeiten der Menschen in der kapitalistischen Wirtschaft und durch Monopolisierungen / Patentierungen

formalisierbaren Wissens. Eine allen Menschen gleich zugängliche Wissensallmende gehört daher zur politischen Forderung der AkteurInnen der Solidarischen Ökonomie – wie auch die Freiheit, den Einsatz subjektiver Fähigkeiten zu verweigern, sich der Nutzung für ungewollte Zwecke materiell abgesichert entziehen zu können und sie in selbst gewählten und selbst gestalteten Bereichen zur Entfaltung zu bringen.

4. Das Bedingungslose Grundeinkommen

Ein Bedingungsloses Grundeinkommen ist ein monetärer Transfer der allen Menschen individuell garantiert, ohne eine (sozialadministrative) Bedürftigkeitsprüfung und ohne eine Gegenleistungsverpflichtung in Existenz sichernder und Teilhabe ermöglichender Höhe zusteht.³ Es soll die persönliche und politische Freiheit des Individuums absichern, seine Teilhabe an der Gesellschaft und seine (ökonomischen) Kooperationsformen frei – weil grundlegend abgesichert – wählen *und* gestalten lassen. Zu einem emanzipatorischen Konzept des Grundeinkommens gehören weitere Formen der Teilhabeermöglichung – kostenfreie oder -günstige Zugänge zu öffentlichen Gütern und zur Daseinsvorsorge (Gesundheit, Bildung, Kultur, Mobilität), geschlechtergerechte Anerkennung und Verteilung von Erwerbsarbeit (makroökonomische Sphäre) und sozialer (Re-)Produktionsarbeit (mikro- und mesoökonomische Sphäre). Das Bedingungslose Grundeinkommen ist in unserer hochproduktiven, den materiellen Mangel überwunden habenden Welt schon längst möglich. Weltweit, als Menschenrecht, als Globales Soziales Recht.

5. Die Bedeutung des Bedingungslosen Grundeinkommens für die Solidarische Ökonomie

Ich möchte thesenartig die Bedeutung des Grundeinkommens für eine Solidarische Ökonomie auflisten. Unter Solidarischer Ökonomie verstehe ich jegliche Form einer durch ProduzentInnen, KonsumentInnen und andere Betroffene demokratisch gestalteten und freiwilligen materiellen und immateriellen Produktion, die erstens ökologisch zukunftsfähig ist und zweitens den ProduzentInnen selbst und anderen

³ Für Deutschland müsste die Höhe ca. 850 bis 1.000 Euro betragen. (Blaschke 2007 b)

(dem globalen, nationalen, regionalen Gemeinwesen sowie einzelnen Menschen) zugute kommt. Sie ist auf die Befriedigung selbstbestimmter Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet. Das Prinzip der Solidarischen Ökonomie ist dem Prinzip der Äquivalenz entgegen gerichtet. Eine gegenseitige Unterstützung ist in manchen kooperativen solidarischen Handeln erwünscht, in anderen ist eine positive Emotionalität, eine Sinnstiftung beziehungsweise eine allgemeine gesellschaftliche Anerkennung der Handlungen der AkteurInnen als "Gegenleistung" gegeben (weite Reziprozität). Eine Solidarische Ökonomie ist in Verbindung mit einer materiell abgesicherten persönlichen und politischen Freiheit aller möglich. Ohne diese Freiheiten ist sie bedroht.

These 1: Ein Bedingungsloses Grundeinkommen sichert ab, dass die Individuen sich in die verschiedenen ökonomischen Kooperationen frei gewählt einbringen können – ohne existenzielle Nöte und Teilhabeeinschränkungen sowie daraus folgende personelle Abhängigkeiten und Einschränkungen individueller Entwicklungen. Das gilt für die Makro-, Meso- und Mikroökonomie: Erwerbsarbeit wird erst durch ein Grundeinkommen frei wählbar, auch abwählbar. Damit erst ist das Menschenrecht auf eine frei gewählte Arbeit und das menschen- und völkerrechtliche Verbot der Zwangsarbeit realisiert. (Blaschke 2007 a) Ökonomische Abhängigkeiten in Familie und Partnerschaft werden weitestgehend beseitigt. Bürgerschaftliches Engagement muss nicht mehr als Ersatz für Erwerbsarbeit (wegen der Aufwandsentschädigung und anderer materieller Effekte) und als erhofftes Sprungbrett in eine Erwerbsarbeit missbraucht werden. Beide ökonomische Bereiche werden durch das Grundeinkommen für jede beziehungsweise jeden abgesichert, im Sinne von materiell ermöglicht. Das Grundeinkommen erweitert darüber hinaus die frei verfügbare Zeit (zum Beispiel durch eine möglich werdende Arbeitszeitverkürzung) für die immaterielle Produktion der Individuen im freien Wissensaustausch. Es ermöglicht auch für alle eine freiere Wahl von Zugängen zu Kultur, Bildung – weil diese Zugänge ebenfalls materiell abgesichert sind. Außerdem ist das Grundeinkommen für eine zunehmend wissensbasierte Ökonomie beziehungsweise für eine Wissensgesellschaft das adäquate Verteilungsmedium zur grundlegenden Existenz- und Teilhabesicherung aller. Individuelle Fähigkeiten und Kompetenzen sowie der gesellschaftliche Reichtum an lebendigem Wissen aller sind ökonomische Größen, deren Produktion mit ökonomischen *Wert*größen nicht bestimmbar ist, weil

sie ins gesamte Alltagsgeschehen der Individuen und des Gemeinwesens eingebettet ist.

Erst die Freiwilligkeit und Freiheit durch eine grundlegende ökonomische Abgesichertheit macht eine Solidarische Ökonomie zu einer wirklichen Bedürfnis- und Herzensangelegenheit, weil sie aus moralischen oder emotionalen Gründen heraus geschieht, nicht aus existenziell nötigen Gründen. Das Bedingungslose Grundeinkommen entkoppelt also das ökonomische Handeln von einer eingeforderten beziehungsweise rechnerisch kalkulierten Reziprozität – am geringsten allerdings in der Erwerbs- oder Tauscharbeit, weil dort der Erwerb über das Grundeinkommen hinaus mindestens eine Reziprozität, eine Gegenleistung, voraussetzt, oft sogar dem Äquivalenzprinzip verhaftet ist.

These 2: Das Bedingungslose Grundeinkommen macht nicht nur ökonomische Kooperationen frei wählbar, sondern auch frei gestaltbar. Alle ProduzentInnen haben, weil sie gleich materiell abgesichert sind, die gleichen Möglichkeiten, Einfluss auf die Regeln der ökonomischen Kooperation durch die Veränderung eigener Kooperationsleistung – bis hin zur Leistungseinstellung – zu nehmen. Insbesondere die Erwerbsarbeit kann erst daher ihren – wenn auch eingeschränkten – solidarischen Charakter zur Entfaltung bringen. Ebenfalls profitieren die anderen ökonomischen Bereiche (Meso- und Mikroökonomie) von dieser freien Gestaltbarkeit der Regeln ihrer verschiedenen Kooperationsformen. Auch die von der Produktion Betroffenen beziehungsweise die KonsumentInnen sind mit dem Grundeinkommen für eine Teilnahme an demokratischen Prozessen materiell abgesichert. Das bürgerschaftlich-politische Handeln gilt als essentielle Grundlage Solidarischer Ökonomien. Das Bedingungslose Grundeinkommen kann insofern als eine Demokratiepauschale verstanden werden, die diese Grundlage absichert. Sie ermöglicht also die Abwesenheit von existenziellem Zwang und die Anwesenheit von persönlicher und politischer Handlungsfreiheit der Menschen.

These 3: Unökologische und damit mehrfach unsolidarische Produktion und Konsumtion kann durch ein Grundeinkommen mehrfach behindert, ökologische Produktion und Konsumtion dagegen mehrfach befördert werden: Es ist keine/r genötigt, gegen das eigene Gewissen unökologisch zu produzieren oder aus der Not heraus unökologisch zu konsumieren – weil alle grundlegend materiell abgesichert

sind. (Methmann 2007) Das Grundeinkommen als Demokratiepauschale versetzt von unökologischen Produktionen (potenziell) Geschädigte beziehungsweise in ihrer Lebensqualität Beeinträchtigte in die Lage, ihre materiell abgesicherten politischen Einflussmöglichkeiten wahrzunehmen und solche Produktionen zu bekämpfen, zu verhindern. Und das Grundeinkommen mehrt die individuell frei verfügbare Zeit zur selbstzweckhaften, daher selbstgenügsamen Produktion (autarkeia) – selbstgenügsam deshalb, weil der Zweck in der Tätigkeit selbst liegt, in den dabei sich bewährenden und entwickelnden Fähigkeiten und Kompetenzen des Individuums, und nicht im materialen Produkt. Auch von daher ist eine ökologische – nämlich materiale Ressourcen schonende – Solidarischen Ökonomie durch das Grundeinkommen befördert. (Blaschke 2008)

These 4: Unreflektiertes Wachstumsdenken und manipulierte Bedürfnisse sind nicht selten Ursache unökologischer und unsolidarischer Produktion und Konsumtion. Das Bedingungslose Grundeinkommen ermöglicht mehr Reflexions- und Mußzeit, in der über den Sinn und Wert bestimmter Produktion und Konsumtion nachgedacht und gemeinsam (politisch) diskutiert werden kann. Das Grundeinkommen als Reflexions- und Mußepauschale ist somit auch eine wichtige Grundlage persönlicher und politischer Willensbildung. Die Mußepauschale, im Zusammenhang mit einer Kultur- und Bildungsreform, ermöglicht eine dem (Über-)Leben dienliche Entschleunigung aller sozialen und ökonomischen Prozesse. (Reheis 2003: 243ff.)

Natürlich sind neben dem Bedingungslosen Grundeinkommen noch weitere für die Solidarische Ökonomie gedeihliche und erforderliche Ansätze zu diskutieren. Einige wurden im Kapitel 4 bereits genannt. Deren Diskussion soll jedoch weiteren wissenschaftlichen und politischen Arbeiten vorbehalten sein.

Literatur

Albert, Michael 2006: *parecon. Das Leben nach dem Kapitalismus*. Frankfurt/Main.

Altvater, Elmar 2006 a: *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*. 4. Auflage. Münster.

Altwater; Elmar 2006 b: Solidarisches Wirtschaften: prekär oder emanzipativ? in:
Altwater, Elmar / Sekler, Nicole: Solidarische Ökonomie. Reader des
Wissenschaftlichen Beirats von Attac. Hamburg.

Blaschke, Ronald 2007 a: Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) und Recht auf
Arbeit / Arbeitszwang, veröffentlicht unter [http://www.archiv-
grundeinkommen.de/blaschke/BGE-und-Recht-auf-Arbeit-Arbeitszwang.pdf](http://www.archiv-grundeinkommen.de/blaschke/BGE-und-Recht-auf-Arbeit-Arbeitszwang.pdf)

Blaschke, Ronald 2007 b: Grundeinkommen zwischen Mindest- und
Lebensstandardsicherung. Eine Orientierungshilfe im Zahlenlabyrinth, in: Exner,
Andreas / Rätz, Werner / Zenker, Birgit: Grundeinkommen. Soziale Sicherheit ohne
Arbeit. Wien, S. 156-164.

Blaschke, Ronald 2008: oikos und grundeinkommen. Ansprüche an Transformation
und Emanzipation, in: Hosang, Maik (Hrsg.): Klimawandel und Grundeinkommen. Die
nicht zufällige Gleichzeitigkeit beider Themen und ein sozialökologisches
Experiment. Gauting, i. E.

Exner, Andreas 2006: Reform oder Raiffeisen? Fragen zur Solidarischen Ökonomie,
in: Streifzüge 38/2006, S. 18-24, auch veröffentlicht unter
http://www.streifzuege.org/texte_str/str_06-38_exner_solidaroekonomie.html

Exner, Andreas 2007: Kein Geld wächst auf den Bäumen, in: Exner, Andreas / Rätz,
Werner / Zenker, Birgit: Grundeinkommen. Soziale Sicherheit ohne Arbeit. Wien, S.
194-204.

Fromm, Erich 1966: The Psychological Aspects of the Guaranteed Income, in:
Theobald, Robert (Hrsg.): The Guaranteed Income. Next Step in Economic
Evolution? New York, S. 175-184 (auch in: Fromm, Erich 1999: Gesamtausgabe in
zwölf Bänden, München, Band V, S. 309-316).

Gorz, André 2000: Arbeit zwischen Misere und Utopie. Frankfurt/Main.

Gorz, André 2004: Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie. Zürich.

Habermas, Jürgen 1985: Konservative Politik, Arbeit, Sozialismus und Utopie heute, in: Habermas, Jürgen: Die neue Unübersichtlichkeit. Kleine politische Schriften V. Frankfurt/Main.

Interkulturelle Frauen-Netzwerk-Universität-Yoni Dresden (Hrsg.) 1998: Das ganze Haus. Feministische Alternativen des Wirtschaftens und der Macht. Dresden.

Lohoff, Ernst 2007: Die vierte Enteignung, in: Exner, Andreas / Rätz, Werner / Zenker, Birgit: Grundeinkommen. Soziale Sicherheit ohne Arbeit. Wien, S. 261-269.

Marx, Karl 1983: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: Marx-Engels-Werke. Band 42. Berlin, S. 47-768.

Methmann, Chris 2007: Vom Straffen des Gürtels zu einem Leben ohne Gürtel, in: Exner, Andreas / Rätz, Werner / Zenker, Birgit: Grundeinkommen. Soziale Sicherheit ohne Arbeit. Wien, S. 186-193.

Reheis, Fritz 2003: Entschleunigung. Abschied vom Turbokapitalismus. München.

Schrupp, Antje 2006: Feministische Gedanken zum Grundeinkommen, veröffentlicht unter http://www.antjeschrupp.de/grundeinkommen_2006.htm

Schrupp, Antje 2007: Grundeinkommen zwischen Selbstverwirklichung und traditioneller Hausarbeit. in: Exner, Andreas / Rätz, Werner / Zenker, Birgit: Grundeinkommen. Soziale Sicherheit ohne Arbeit. Wien, S. 86-93.

Spehr, Christoph 2003: Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation, in: Spehr, Christoph (Hrsg.): Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation. Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Band 9. Berlin, S. 19-116.

Wichterich, Christa 2007: Globalisierung und Geschlecht. Über neoliberale Strategien zur Gleichstellung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6, S. 686-694.

Ronald Blaschke (1959), Dipl. Phil., Dipl. Päd., war langjährig in der Erwerbslosenbewegung aktiv und ist Initiator des Netzwerkes Grundeinkommen (www.grundeinkommen.de). Er engagiert sich im Koordinierungskreis und Rat von Attac Deutschland. Es liegen von ihm zahlreiche Publikationen zum Thema Zukunft der Arbeit, bürgerschaftliches Engagement, Armut und Grundeinkommen vor. Einige sind unter www.archiv-grundeinkommen.de veröffentlicht. Blaschke ist derzeit beruflich als wissenschaftlicher Mitarbeiter einer Bundestagsabgeordneten tätig.